

# Wahlschlager

Wer die Wahl hat, hat die Qual. Diese altbekannte Tatsache spüren zur Zeit besonders die Schatzmeister der Parteien, die im Wahljahr wieder tief in die Taschen der Parteimitglieder greifen müssen, um den Wählern das als notwendig angesehene Quantum an Glanzpapier liefern zu können.

Um ihre Finanzmisere zu beheben, sollten sie dies von den Herren vom Sport lernen: Und zwar nicht etwa Fairneß, sondern die Methoden. Denn das bringt sie aus den roten Zahlen.

So könnten zum Beispiel die einzelnen Fraktionen — statt in ohnehin unzeitgemäßen schwarzen Anzügen — in modisch buntem Dress, für das sich leicht ein Werbe-Interessent (vor allem bei Fernsehübertragungen) finden ließe, im Bundeshaus einlaufen. Die Redner sollten nicht mehr als „Fraktionsvorsitzende“ oder „Ministerpräsidenten“ von der Bundestagspräsidentin vorgestellt werden, sondern mit kleinen Werbespots wie „Feuer, Pfeife, Wehner“ oder Kohl „aus deutschen Landen frisch auf den Tisch“! Und nach einer Rede von Strauß ließe sich über Lautsprecher einblenden: „Siehst du, jetzt hast du ein schlechtes Gewissen“, und wenn Genscher sagt „Der Bart ist ab!“, so müßte er dabei genüßlich über sein Kinn fahren, während kurz Marke, Preis und besondere Eigenschaften seines Rasierers bekanntgegeben werden.

Und wenn einzelne Abgeordnete — wenn auch vielleicht nicht gerade aus dem Gesundheitsministerium — meilenweit mit ihrer Zigarette durch die Lobbyistenhallen streifen, natürlich mit offenem Hemd, braungebrannter Brust und den Gedanken von Freiheit und Abenteuer nachhängend und genießend am Glimmstengel saugend, vorher lässig ihr Pony an der Pfortnerloge anbinden, wäre das Tüpfelchen auf dem i.

## Aufgespießt

„Sehr geehrte Frau Präsidentin, in Ihrer Nähe bewegt sich ein gewisser Geschäftsführer, der wo immer Sachen von den Wänden reißt. Bitte passen Sie auf unsere Fahne auf!“

Mitteilung, die der SPD-Bundestagsabgeordnete Olaf Sund in der Nacht zum Freitag der Bundestagspräsidentin durch einen Saaldiener zukommen ließ. In der Nähe der Präsidentin bewegte sich gerade CDU-Geschäftsführer Philipp Jenninger, der sich bei der Eröffnung einer Staeck-Ausstellung durch „Gewalt gegen Sachen“ hervorgetan hatte.

Ungeahnte Möglichkeiten und sprudelnde Geldquellen böten sich, wenn unsere Volksvertreter zu Werbeträgern würden. (Vielleicht könnte sogar der Einfluß von Wirtschaftsräten eingedämmt werden). Jedenfalls bekämen die sonst oft tristen Beratungen eine Lebendigkeit wie das Werbefernsehen. K. R.

aus VORWÄRTS

## Bekanntmachung

Betr.: Radikalenerlaß  
Die Bevölkerung wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die ehem. Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SD, SS und im NS-Rechtswahrbund einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht entgegensteht.



Der Landesbeauftragte für das Beamtenwesen.

Neueste Staeck-Provokation

## Baugenossenschaft Mittelholstein e.G.

Sitz Kiel

Geschäftsstelle

23 Kiel

Langenbeckstr. 14

Telefon (0431) 17054



**Ihr sicherer Partner mit großer Erfahrung bietet an:**

- Baureife Grundstücke -- Eigenheime
- Reiheneigenheime
- Eigentumswohnungen
- Mietwohnungen

Nr. 8

## Heide Simonis in Kronshagen

SPD - Bundestagskandidatin informiert sich über unsere Gemeinde

(+) Am 6. 5. empfing Bürgermeister Dr. Stoltenberg die SPD - Bundestagskandidatin Heide Simonis zu einem Informationsgespräch. An der Diskussion über die Entwicklung des Ortes bis zu seiner heutigen Größe, seine Chancen und Aufgaben für die nächsten Jahrzehnte (Steigerung des Wohn- und Freizeitwertes) und seine aktuellen Probleme (Bebauungspläne, Verkehrsprobleme, Ausbau der Schulen, Kieler Umlandfragen usw.) beteiligten sich auch die Bürgervorsteherin, SPD-Fraktionssprecher Cord Lubinski, Lianne Mürl, Günther Widulle, Gerd Bruhn sowie Oberamtsrat Hansen von der Gemeindeverwaltung. Der Besuch wurde abgeschlossen mit einer Rundfahrt durch den Ort und der Besichtigung von Sport-, Schul- und Sozialeinrichtungen der Gemeinde.

Bei der Besichtigung des Sportplatzes wurde mit Freude zur Kenntnis genommen, daß mit den Ausbesserungsarbeiten bereits begonnen wurde, so daß zum Herbst der Spielbetrieb wieder aufgenommen werden kann.



Bild: v.links Heide Simonis, Bürgermeister Dr. Stoltenberg, OAR Hansen, Lianne Mürl, Gerd Bruhn.

Die SPD-Vertreter sprachen sich für eine zügige Errichtung einer Sporthalle für das Gymnasium und weiterer Rasensportplätze eines weiteren Rasensportplatzes aus.

## Dr. Elisabeth Orth



Mit Elisabeth Orth verliert die SPD-Schleswig-Holstein eine ihrer hervorragendsten aktiven politischen Frauen.

Die Kronshagener Bundestagsabgeordnete setzte sich während ihrer Tätigkeit im Landtag, Bundestag und Europaparlament besonders für die rechtliche und politische Stellung der Frauen in unserer Gesellschaft ein.

Als Agrarsachverständige war Frau Dr. Orth im In- und Ausland eine geachtete und geschätzte Politikerin.

Elisabeth Orth starb im Alter von 55 Jahren nach schwerer Krankheit und hinterläßt 5 Kinder.

## Termine... Was - wann - wo?

### Staeck-Ausstellung

Wegen des großen Interesses an den Staeck Postern lädt die SPD-Kronshagen zu einer Ausstellung

Kunst oder Politik

am Samstag, 29. Mai 14.00 - 18.00 Uhr

Sonntag, 30. Mai 10.00 - 18.00 Uhr ein.

Der Ort wird noch bekannt gegeben.

\*\*\*\*\*

Zu einer

KAFFEEFAHRT in die HÜTENER BERGE

lädt der SPD-Ortsverein Kronshagen Freunde und Nachbarn ein. Wir fahren am Samstag, 29.5. um 14.00 Uhr ab und werden gegen 19.00 Uhr wieder in Kronshagen sein. Kostenbeitrag für Fahrt und Kaffeegedeck: 5,-DM  
Anmeldung bei: Wolfgang Weskamp, Tel 58 85 25

# Im wesentlichen positiv

Bürgerfragestunde in Kronshagen - nur ein leeres Wort?

Wer befragt wen in der Bürgerfragestunde? Bürger die Gemeindevertreter und die Gemeindeverwaltung? Die Gemeindevertreter und Gemeindeverwaltung die Bürger? Wer entscheidet? Wer wird von der Entscheidung betroffen?

Die gewählten Repräsentanten der Einwohner Kronshagens, die Gemeindevertreter, entscheiden, und zwar mit dem von der Verfassung vorgegebenen Ziel, das Wohl der Einwohner zu fördern. Dabei bietet die Bürgerfragestunde den Einwohnern die Gelegenheit, zur Lösung der sie betreffenden Probleme beizutragen. Sie bietet den Gemeindevertretern die Gelegenheit, dem Ziel, das Wohl der Einwohner zu fördern, näher zu kommen.



Bietet die Kronshagener Bürgerfragestunde diese Gelegenheit denn wirklich? - Wie verläuft der Entscheidungsprozess?

Zum Beispiel empfiehlt die Verwaltung den Gemeindevertretern zu beschliessen, den Strassenzug Johann-Fleck-Strasse/Kopperpähler Allee auszubauen. - Wurden Sie, verehrter Leser, schon einmal offiziell von einem Angehörigen der Verwaltung befragt? Oder ist die Beschlussvorlage auf Ihre Initiative zurückzuführen? - Die Fachausschüsse beraten dann, eventuell nach Anhörung von Fachleuten. - Wurden Sie, verehrte Leserin, als Betroffene schon einmal offiziell von einem Ausschussmitglied vor der Beratung angehört? - Der Hauptausschuss berät abschließend und formuliert die endgültige Fassung des Beschlusses für die Sitzung der Gemeindevertreter. Diese schliesslich tauschen auf der Sitzung nur noch ihre (ihnen selbst bekannten) Argumente aus und entscheiden. - Wurden Sie, verehrte Leserin, verehrter Leser, schon einmal - offiziell - vor der Entscheidung von einem Gemeindevertreter befragt? Wussten Sie überhaupt, was die Gemeindevertreter zu beschliessen hatten? -

Und die Bürgerfragestunde - wie wird sie vorbereitet, wie durchgeführt?

Da erscheint die Tagesordnung der nächsten Gemeindevertretersitzung im Anzeigenteil der Tageszeitung und im Amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Kronshagen: "Kreientwicklungsplan". Im Textteil der Tageszeitung werden zwei, drei Punkte herausgestellt, und der Unwissende wird auch nicht viel schlauer: "Ausserdem soll ... ein weiteres Vorhaben in den Kreientwicklungsplan aufgenommen werden." Eilt dennoch ein Bürger voller Tatendrang in die Gemeindevertretersitzung, so wird er bitter enttäuscht: entweder steht die Bürgerfragestunde an erster Stelle der Tagesordnung - so werden ihm die nötigen Informationen vorenthalten -, oder aber die Bürgerfragestunde folgt nach der Entscheidung.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter haben für die Einführung der Bürgerfragestunde gesorgt, und sie sind für jede Anregung zur Verbesserung der Praxis dankbar. Sie akzeptieren Bürgerinitiativen, treten ein für Bürgerbegehren, Bürgerberatung, Mitwirkung der Bürger an der Planung, für Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen, und sie machen von der Einwohner- und Bürgerversammlung verstärkt Gebrauch (Kommunalpolitisches Grundsatzzprogramm der SPD).

Dieter Reyher

## Zur Person

Gerd Bruhn, Kreistagsabgeordneter, wurde zum neuen Vorsitzenden der SPD Kronshagen gewählt. Er löst damit Günter Scheller ab, der nach achtjähriger Amtszeit nicht wieder kandidierte.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden Hans Siebmann und Wolfgang Weskamp gewählt. Weiterhin gehören Ida Petersen, Ruth Widulle, Dieter Reyher, Günter Scheller und Walter Jansen dem Vorstand an.

Walter Mertins, Vorsitzender des Sozialausschusses, ist innerhalb des Ortes umgezogen. Er wohnt jetzt im Hofbrook Nr. 47 und ist unter der Nr. 58 23 46 telefonisch zu erreichen.

Günter Behnke, langjähriger Wehrführer, ist aus der Feuerwehr ausgetreten.

Hans Georg Michel wurde zum CDU-Vorsitzenden gewählt. Michel ist Leiter der Sonderschule Kronshagen.



Egon Behr, Bundesminister kommt im Juli/August zu einem politischen Frühschoppen nach Kronshagen.

Manfred Simon, Sanitätsoffizier, ist neuer Chef des TSVK.

Eva Rath, Kassierererin im Kreisverband Rendsburg-Eckernförde (SPD), wurde auf der AsF-Landeskonferenz zur Beisitzerin gewählt.

# SPD - Garant von Freiheit und Demokratie

Freiheitlicher Sozialismus heute

Über das Thema "Freiheitlicher Sozialismus heute" sprach in der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Kronshagen der Dozent für Erwachsenenbildung in Rendsburg, Dipl. Politologe Klaus-Dieter Henkel. Er wies die von konservativer Seite verbreitete Behauptung, Freiheit und Sozialismus seien unvereinbar, scharf zurück, indem er die fundamentalen Gegensätze zwischen dem doktrinären Sozialismus östlicher Länder und dem von der SPD verfochtenen demokratischen Sozialismus herausstellte. Für seine These, dass die SPD in den mehr als hundert Jahren ihrer Geschichte sich immer als konsequente Kraft der staatlichen Demokratie erwiesen habe, erbrachte er zahlreiche Beispiele. Die SPD war, so sagte er, neben der liberalen Bewegung des 19. Jahrhunderts die stärkste bewegende Kraft, die unentwegt auf eine Reform des Staates und der Gesellschaft im demokratischen Sinne hinarbeitete. Zu keiner Zeit forderte sie eine totale Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln; nur in jenen Bereichen der Grosswirtschaft, die durch den rücksichtslosen Gebrauch ihrer Macht zu einer Gefahr für die Allgemeinheit wurden, trat sie für eine Ver-gesellschaftung ein.

Henkel führte weiter aus, dass die SPD im Gegensatz zu den Unionsparteien meint, die Demokratie müsse auch auf andere als staatliche Bereiche ausgedehnt werden. Beispiel hierfür ist die betriebliche Mitbestimmung.

Der fortwährende Einsatz für Demokratie und gesellschaftliche Reformen ist für die SPD eine historische Verpflichtung. Hingegen sind die erst in der Nachkriegszeit entstandenen Unionsparteien ihrem Wesen nach eine Sammelbewegung sowohl liberaler Kräfte (Sozialausschüsse) wie konservativer Kreise, deren Spektrum von der früheren Zentrumspar-tei bis zu den Deutschnationalen reicht. Diese geistige

Erbschaft bestimmt auch ihre Ablehnung des demokratischen Sozialismus. Eingeschlossen in den Begriff demokratischer Sozialismus ist die individuelle Freiheit. Diese geistige Grundhaltung macht die Sozialdemokraten zu den konsequentesten Kämpfern gegen den Faschismus, auch wenn sie 1933 unterlagen, und gegen den totalitären Kommunismus.

Im Gegensatz zu den Konservativen, die den Begriff Freiheit verbinden mit den ökonomischen, kulturellen und persönlichen Freiheiten einer privilegierten Minderheit, treten die Sozialdemokraten für die Chancengleichheit aller ein. Bildungsgerechtigkeit ist eine wichtige Voraussetzung dafür. Die zunehmende Gefährdung der mittelständischen Wirtschaft durch Grosskonzerne verlangt nach Untersuchungen über die Umsetzung grosser wirtschaftlicher Macht in politische Herrschaft. Die SPD fordert Massnahmen zur Verhinderung dieser Machtumwandlung. Die Unterstellung, die SPD lehne den Leistungsgedanken an sich ab, enthüllte Henkel als Unwahrheit. Allerdings geht es der SPD um die Aufhebung zu grosser Differenzierungen in den Bewertungen von Leistungen, wie sie heute üblich ist. Die von der SPD geforderte grundgesetzliche Anerkennung des "Grundwertes Arbeit", der das noch fehlende Recht auf Arbeit postuliert, kann nur verwirklicht werden, wenn überall jene bessere Strukturpolitik betrieben wird, wie sie die Sozialdemokraten befürworten.



## Nebenbei bemerkt

Zu einer "Butterfahrt" startete der SPD-Ortsverein Kronshagen Ende März mit Freunden und Nachbarn. Bei ruhigem Seegang war Gelegenheit zu ausgiebigem Klöhnsschnack und einigen Skatrunden.



## Frauenfeindlich

Ausgeprägte "Frauenfeindlichkeit" stellte das CDU-Mitglied Susanne Wiemer in ihrer Partei fest. Frau Wiemer hatte sich um die Bundestagskandidatur im Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde beworben, musste jedoch feststellen, dass sie gegen die "Männerlobby" von vornherein auf verlorenem Posten stand. Häufig wurde sie zu den Kandidatenbefragungen in Orts- und Kreisvorständen nicht einmal eingeladen. Nach ihrer "programmierten" Niederlage gab sie den Wählerinnen ihres Wahlkreises einen guten Rat: "Im Grund bin ich dafür, dass man als Frau Frauen wählt, egal von welcher Partei." (Zitat: Lübecker Nachrichten vom 1.2.1976).

Die SPD-Kandidatin in Rendsburg-Eckernförde, Heide Simonis, hätte dagegen sicherlich nichts einzuwenden.

## Wenig Interesse für Kommunalpolitik:

### Kommunalpolitik – für wen?

Die Mandatsträger der SPD müssen leider immer wieder feststellen, daß die Bürger dem Thema Kommunalpolitik nicht die Aufmerksamkeit zukommen lassen, die ihr der Bedeutung nach und entsprechend der Auswirkungen ihrer Beschlüsse eigentlich gebühren müßte.

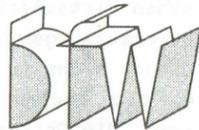
Das zeigt sich am schlechten Besuch der Ratsversammlungen, aber auch daran, wie nachlässig die kommunalpolitischen Auseinandersetzungen der Parteien registriert werden. Dabei gilt die kommunalpolitische Bühne zu unrecht als Spielwiese der Politiker. Hier werden Entscheidungen getroffen, deren Auswirkungen dem einzelnen Bürger in seiner Lebenssphäre häufig einschneidender berühren als manche Beschlüsse des Bundestages. Und darum kann es nicht gleichgültig sein, wem die Bürger mit ihrer

Wählerstimme die Möglichkeit geben, politische Zielvorstellungen zu verwirklichen. Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik auf unterer Ebene. Dabei kommen die gesellschaftspolitischen Gegensätze häufiger zum Tragen als allgemein bekannt ist. Unbekannt deshalb, weil sich die meiste Arbeit der Kommunalpolitiker hinter verschlossenen Türen vollzieht. Die SPD wollte die entsprechenden Landesgesetze ändern, um die kommunalpolitischen Entscheidungen für den Bürger durchsichtiger zu gestalten. Nicht

überrascht hat die klare Absage der CDU. Wer wie die SPD erklärt, Politik insbesondere für die Interessen der

Arbeitnehmer machen zu wollen, kann sich mit seiner Arbeit der öffentlichen Kontrolle stellen.

Wählerstimme die Möglichkeit geben, politische Zielvorstellungen zu verwirklichen. Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik auf unterer Ebene. Dabei kommen die gesell-



## Aufstieg und Erfolg im Beruf

durch das  
Berufsbildungswerk des DGB

Das Berufsbildungswerk des DGB GmbH führt in Kiel folgende Lehrgänge durch:

- Vollzeitlehrgänge:
- Betriebsorganisation mit EDV
  - Teilzeichner mit IHK-Prüfung
  - Umschulung zum Schiffbauer mit IHK-Prüfung
  - Ausbildung zum Metallwerker/Werkzeugmaschinenwerker
  - Ausbildung zum Schiffbauhelfer
  - Ausbildung zum Schweisser

Berufsbegleitende Lehrgänge:

- "Der praktische Betriebswirt" für kaufmännische Berufe
- "Grundlagen der Unternehmensführung" für kaufmännische Berufe
- Industriefachwirt mit IHK-Prüfung
- Handelsfachwirt mit IHK-Prüfung
- Technisches Englisch
- Ausbildung der Ausbilder mit IHK-Prüfung nach der Ausbildereignungsverordnung
- Elektronische Steuerungen
- Einführung in die EDV

### Unterstützung durch das Arbeitsamt

Nach dem AFG (Arbeitsförderungsgesetz) hat jeder Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf eine finanzielle Förderung seines beruflichen Fortbildungsbedürfnisses. Mit der Durchführung der finanziellen und sonstigen Massnahmen sind örtlich die Arbeitsämter beauftragt. Die Förderbarkeit einer Bildungsmaßnahme im Sinne der AFG ist an bestimmte Voraussetzungen gebunden.

Bei Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen können die Teilnehmer an Lehrgängen einen wesentlichen Teil der Lehrgangsgebühren und Aufwendungen für Lernmittel sowie die Prüfungs- und Fahrtkosten durch die Arbeitsämter auf besonderen Antrag erstattet erhalten. Dieser Antrag kann nur Berücksichtigung finden, wenn er vor Lehrgangsbeginn beim zuständigen Arbeitsamt gestellt wird.

Anmeldung: Berufsbildungswerk des DGB  
Eichkamp 18 - 20  
2300 Kiel  
Tel. 0431 - 12574



## Kunst-Stücke aus dem März '76

Von Yaak Karsunke

in khartum (afrika) wurde Büchners stück Woyzeck verboten als „angriff auf die regierung“

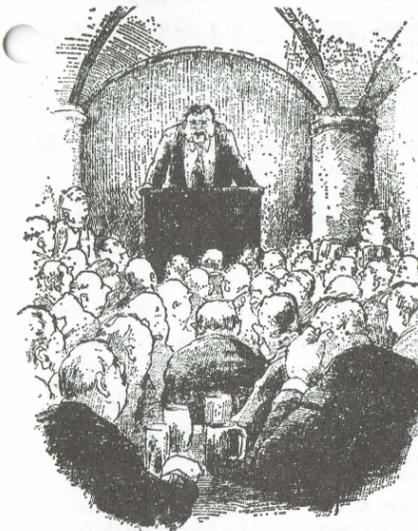
in bonn zerrissen csu/cdu-leute plakate von Staeck

:kunst trifft immer mal wieder mitten ins schwarze

## Zur Sache

CDU : VOLKSPARTEI oder ELITEPARTEI ?

Seit geraumer Zeit frage ich mich mit wachsendem Erstaunen, warum so viele Kollegen, Arbeitnehmer wie ich, die CDU als ihre zuständige Gruppierung ansehen, als Volkspartei, wie sie sagen. Einer meiner Vorgesetzten half mir aus meiner Irritierung: "Was wollen Sie eigentlich, die CDU ist die Partei der Erfolgreichen - und wer möchte nicht erfolgreich sein?" Und genau hier ist der Nagel auf den Kopf getroffen: wer etwas auf der Leiter des beruflichen Erfolges nach oben geklommen ist - auch nur ein kleines bisschen -, der gehört in die Gruppe der Leistungsstarken, meint er. Wer es nicht schafft, hat nicht genug geleistet und darf dann beim Fussvolk bleiben.



„Demokratieverständnis und Toleranz enden dort, wo sich Leute durch unsere Argumente nicht überzeugen lassen.“

Aus dem Buch von Kurt Halbritter „Jeder hat das Recht“.

denn jeder kleine Arbeitnehmer glaubt, er gehöre zu die Gruppe der Reichen und Einflußreichen? Weiss er nicht, dass dem allmächtigen Wirtschaftsrat der Union Bosse, Spitzenmanager und Verbandsfunktionäre von Daimler-Benz bis Flick angehören, die mit ihrem Kapital - Geld ist Macht - dafür sorgen, dass mit ungeheurem Propagandaaufwand die Wähler zu ihnen gelockt werden und mit ihrer Stimme dann darüber bestimmen, ob die Mächtigen regieren können? Regieren im Interesse der Reichen natürlich: das heisst, für Vergünstigungen (z.B. Steuererleichterungen) der Grossen zu sorgen, das heisst, Staatsausgaben, die für soziale Leistungen erbracht werden müssen, abzubauen, das heisst, Gewerkschaften und Arbeitnehmer in ihren Möglichkeiten der Mitbestimmung zu beschneiden. Die Interessen der Grossen sind nie mit den Interessen der breiten Mehrheit des Volkes identisch - nur das Volk sieht es nicht.

Lieber sozial als unchristlich

Der arrivierte Arbeitnehmer - um bei dem Bild zu bleiben - hält sich für gesund und leistungsfähig bis an das Ende seiner Tage. Was, wenn er die Arbeit verliert, krank und alt wird? Wird die CDU dafür sorgen, dass er, der dann nicht mehr tüchtig ist, Hilfe erhält und ohne drückende Sorgen weiterleben kann? Ab wann hat die Bundesregierung begonnen, das Netz der sozialen Leistungen auszubauen, und warum ist unser Staatsgefüge trotz hoher Belastungen durch Arbeitslose und Weltwirtschaftskrise im Innern gefestigt und gesichert? Die SPD-Regierung hat seit 1966 für all dies gesorgt, und die Arbeitnehmer sollten ein bisschen darüber nachdenken, zu wem sie gehören: zur Volkspartei SPD oder zur "Elite"-Partei des Grosskapitals, der CDU.

Eva Rath

## Grundwerte des Sozialismus

Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.

Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander. Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens.

Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden - nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe - Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.

aus dem Godesberger Programm der S P D

IMPRESSUM:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Kronshagen

Verantwortlich:

Wolfgang Weskamp

Siedlerkamp 1 ; Tel. 588525

Auflage: 5.000





## Freie Aussprache



Die heile, saubere Welt der "Kieler Nachrichten"

Wer am 18. März die "Kieler Nachrichten" aufschlug, fand abseits der übrigen Todesanzeigen, neben Ent-rümpelungs- und anderen Kleininseraten, die von Amnesty International für den im Polizeigewahrsam Uruguays zu Tode gefolterten Alvaro Balbi. Unwill-kürlich drängte sich der Vergleich mit dem früher üblichen barbarischen Brauch auf, Leichen von Selbstmördern, unehelichen Müttern und sonstigen "unehrlichen" Leuten abseits der anderen Gräber in einem Winkel des Kirchhofs zu verscharren.

Ein Leser, empört über die würdelose Placierung der Todesanzeige, schrieb in diesem Sinne an die KN. Er erinnerte daran, dass das vermeidbare, gewaltsam herbeigeführte Lebensende des Verstorbenen auch zum Nachdenken über Ursachen und Folgen behördlicher Brutalität anregen sollte, zumal Vorkommnisse ähnlicher Art auch hierzulande in der Nazizeit nicht ungewöhnlich waren. Die Anzeigenabteilung der KN antwortete ihm u.a.: "Die Kieler Nachrichten bemühen sich von jeher darum, den Familienanzeigenteil, wie es in der Fachsprache heisst, 'sauber' zu halten. Das bedeutet, dass aus dem Familienanzeigenteil Inserate herausgehalten werden, die über den Inhalt einer reinen Anzeige eines familiären Ereignisses hinausgehen."

Nun wissen wir, wie die heile, "saubere" Welt der Kieler Nachrichten-Familienanzeigen aussieht. Für Opfer von Gewaltverbrechen, wenn diese von staatlichen Ordnungshütern im Dienste eines Militärregimes begangen werden, ist darin kein Platz. Sie sind nicht "sauber" und könnten den braven Bürger, der sich als ewiger Untertan fühlt, genießen. Denn der meint, dass innerhalb seiner, von der Obrigkeit kontrollierten Welt nichts sein kann, was nicht sein darf. Was dieser Auffassung staatlicher "Ordnung" widerspricht, wird verdrängt. So einfach ist das.



W.J.

Leserbrief zu "Kochtopfhorizont"

Ihre Elsa ist köstlich! Sie hat den Tatbestand "Frau als Reservist" prägnant beim Namen genannt, nur scheint sie zu resignieren, so, als ob man dies nicht verändern könne. Liebe Elsa, wir müssen aggressiv gegen diese Kochtopfideologie angehen, nicht schlucken und akzeptieren, sondern immer wieder aufrütteln. Oder wollen die Frauen vielleicht doch lieber wieder in die 50er und früheren Jahre zurück, weil es so schön bequem ist, die Verantwortung in Beruf und Politik den Männern zu überlassen? Das wäre schlimm!

M.M.R., Kronshagen



Leserbrief

Ich bin für die Rupfgans!

Kein Zweifel, eindrucksvoller, feudaler, residenzverdächtiger ist das Wappen, für das sich die Mehrheit der Gemeindevertretung entschied - im vollen Bewusstsein ihrer historischen Aufgabe, die Tradition zu pflegen -, auch da, wo sie nicht vorhanden ist. Das ist verständlich. Oder gibt es einen anderen Grund, weshalb wir ein Wappen dringend nötig haben sollten? Was haben sich z.B. die Ahnen gewaltiger Adelsgeschlechter dabei gedacht, als sie sich ein Wappen nahmen? Sie dachten, erstens putzt es ganz ungemain, und sie hatten zweitens einen praktischen Grund (Zitat): "Wappen entstanden zur Zeit der Kreuzzüge zur Kenntlichmachung der in ihren Rüstungen unkenntlichen Ritter."

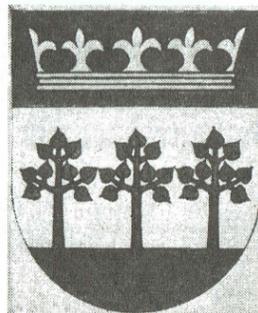
Da haben wir's: "Kenntlichmachung" ist der Schlüssel zu diesem Rätsel. Aber als was? Als heimliche Residenz? Oder als heimliche Gartenstadt (siehe Baummotiv)? Falls sie einmal als solche nicht mehr kenntlich sein sollte? Was kennzeichnet denn bei uns einfachen Gemütern eine Gartenstadt: zunächst einmal Gärten, Blumen, und dann, weil am wertvollsten, weil nicht sofort zu ersetzen: Bäume.

Es soll ihrer hier mehrere gegeben haben - Zitat aus einer ca. 50 Jahre alten Werbebroschüre der 'Gartenstadt-Terrain-Gesellschaft Kronshagen in Kiel': "... der Ort Kronshagen macht durch seinen uralten Baumbestand und seine herrliche Umgebung grosser Buchenwäldungen einen idyllischen Eindruck." Es ist kaum zu glauben, dass seitdem erst 40, 50 Jahre vergangen sind. Bäume sind eben zu empfindlich und daher nicht zeitgemäss.

Sie vertragen weder Asphalt noch Lecköl der Autos, oder sie standen einfach stur und hartnäckig weit-sichtiger Planung im Wege. Es soll immer noch einige sperrige Bäume geben (schön, aber nutzlos), die zügigen Durchgangsverkehr behindern, dem sie doch einmal weichen müssen.

Welch schöner Zug, sie daher schon jetzt in einem Wappen zu verewigen! Ist es da nicht noch sinn-fälliger, die befreiende Tat selbst zu verherrli-chen? - nämlich durch das leider verschmähte Wappen mit der bäumerupfenden Gans?

Marta Sakmirda



## Unsere Seite



### JUSOS gegen JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Das ist die Situation:

Über 120.000 Jugendliche unter 20 sind zur Zeit ohne Arbeit. Nach Schätzungen wird die Zahl sich noch stark erhöhen.

Für Schleswig-Holstein muß mit einem Anteil von 11% Jugendlicher an der Arbeitslosenzahl gerechnet werden. Und den Jugendlichen fällt die Arbeitssuche besonders schwer.

Der Anteil der unter Zwanzigjährigen, die länger als ein halbes Jahr arbeitslos sind, stieg von September 1974 von 8,1 auf heute 17,1%!

Das sind die GRÜNDE:

- 1 In einem sich rasch vollziehenden Strukturwandel werden immer mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert, ohne daß neue geschaffen werden.
- 2 Die Arbeits-, Lebens- und Bildungsverhältnisse der Jugendlichen wurden durch Gesetze und Tarifverträge so verbessert, daß die Unternehmer die billige Arbeitskraft der Jugendlichen nicht länger im Sinne ihres alleinigen Profitinteresses ausbeuten konnten.
- 3 Die Zahl der Ausbildungsplätze geht ständig zurück - nur noch 16% aller Betriebe beteiligen sich an der Berufsausbildung - , weil durch den wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß viele Klein- und Mittelbetrie-be aufgesogen wurden, weil die Kosten der Ausbil-dung bei der erforderlichen besseren Qualifikation gestiegen sind.
- 4 Es gibt schon seit langem einen Numerus Clausus für Lehrlinge, denn in den strukturschwachen Gebieten (Westküste, Ostholstein) gibt es einen besonderen Mangel an Ausbildungsplätzen und durch den NC für Abiturienten wird die Konkurrenz um Ausbildungs-plätze überhaupt verschärft.

Das sind die AUSWIRKUNGEN:

Wer nicht arbeitet, der ist kein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft - das ist der Grundsatz der kapitalistisch orientierten Leistungsgesellschaft. Jugendliche Arbeitslose bekommen diesen Grundsatz in all seiner Brutalität zu spüren: sie werden als Ver-sager abgestempelt, ihnen wird per-sönliche Schuld aufgeladen, die Medien sprechen mehr von Jugend-alkoholismus und Jugendkrimina-lität als von den Ursachen dieser Erscheinungen, der Jugendarbeits-losigkeit und deren Ursache, den herrschenden Strukturen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems.

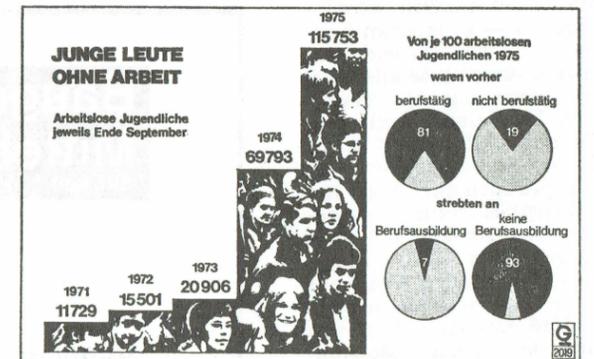


Dahinter steckt immer ein kluger Kopf

Das sind die Vorschläger der Jungsozialisten:

AUSBILDUNG FÜR DIE NICHT-AUSGEBILDETEN  
ARBEIT FÜR DIE AUSGEBILDETEN

Alle Jugendlichen haben ein Recht darauf, eine möglichst abgeschlossene Ausbildung zu erfahren, ehe in den Produk-tionsprozeß gehen müssen. Jeder Schüler muß daher Gelegenheit erhalten, einen Schulabschluß und eine weitere Ausbildung zu erhalten.

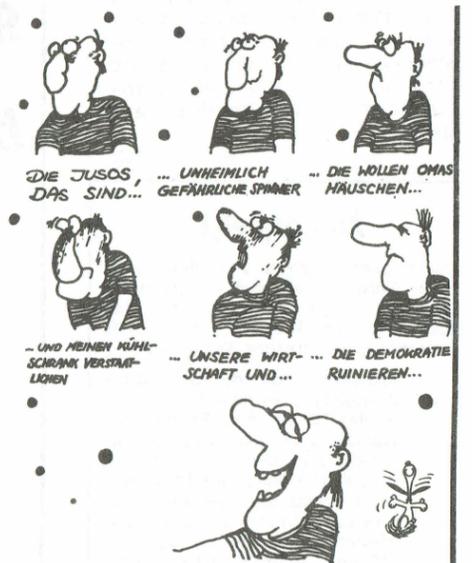


2. Juni 19.30 Uhr Juso Treff  
im Bahnhofshotel, Kieler Straße

10. Juni 19.30 Uhr, Bahnhofshotel  
Thema: AUS- UND WEITERBILDUNG  
Referenten: Heide Simonis  
Bundestagskandidatin  
Joachim Lohmann  
Stadtschulrat

### Gangster-journalisten

Der Vorstand der Bundes-pressekonzferenz, der fast 400 Bonner Journalisten angehören, hat in einem Schreiben an Franz Josef Strauß kritisiert, daß der CSU-Vorsitzende einen Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“, in dem über die Lockheed-Affäre berichtet wurde, als „Gangsterartikel“ bezeichnet hat. „Diese Äußerung überschreitet nach unserer Auffassung das unbestrittene Recht des Politikers wie jedes Bürgers, sich mit journalistischen Arbeiten kritisch auseinanderzusetzen“, heißt es in dem Schreiben. In Bonn wird mittlerweile die Spruchweisheit kolportiert: „Wirtschaftsjournalisten berichten über Wirtschaft, Sportjournalisten berichten über Sport, Gangsterjournalisten berichten über...“



... UND SCHWEINKRAM MIT DEN FRAUEN MACHEN !